

FREIBERUFLER-TICKER vom 3. Mai 2024

1. 16. Mai 75-Jahr-Feier des BFB – Der Countdown läuft

Mit großen Schritten gehen wir auf unser großes Jubiläum zu: Am 16. Mai 2024 wird der BFB 75 und feiert unter dem Motto „frei und berufen“. Sprechen werden unter anderem die Bundesratspräsidentin Manuela Schwesig, der Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Dr. Robert Habeck, die Bundesbildungsministerin, Bettina Stark-Watzinger, und der CDU-Vorsitzende, Friedrich Merz. Ein facettenreiches [Programm](#) mit zahlreichen Impulsen rund um die Freiberuflichkeit steht uns ins Haus, wobei aber auch das Feiern nicht zu kurz kommen soll.

2. Größte Probleme der Freien Berufe

Der Fachkräftemangel ist für die Freien Berufe das größte Problem. Das geht aus einer Umfrage unter den BFB-Mitgliedsorganisationen hervor, die das Institut für Freie Berufe zwischen 19. März und 9. April 2024 durchgeführt hat. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtete am 1. Mai 2024 [online](#) und tags darauf auch in der gedruckten Ausgabe. Für mehr als die Hälfte der teilnehmenden Organisationen war dies der problematischste Aspekt von sechs. Als zweitgrößtes Risiko für die Freien Berufe stuften die Teilnehmenden bürokratische Belastungen ein. Rund ein Drittel sahen hier eine gravierende Herausforderung. Auf Position drei rangiert der Vertrauensverlust durch geringer gewordene Verlässlichkeit politischer Entscheidungen, für jede Zehnte, jeden Zehnten eine zentrale Belastung. Als vergleichsweise weniger problematisch werden steuerliche Belastungen (Rang vier), zu hohe Energiekosten (Rang fünf) und eine unzureichende Infrastruktur (Rang sechs) eingestuft.

3. Freiberufliche Ausbilderinnen und Ausbilder sind Integrationsmotor

Table Media [berichtet](#) in seinem heutigen Briefing „Bildung.Table #207“ (kostenpflichtig) über Auszubildende mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Darin auch Zahlen des Bundesinstituts für Berufsbildung zum Anteil von ausländischen Auszubildenden an allen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. Unter den Top 25 nimmt die/der Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r mit 38,2 Prozent Platz eins ein, die/der Medizinische/-r Fachangestellte/-r kommt mit 15,8 Prozent auf Rang zwei und die/der Steuerfachangestellte/-r mit 13,4 Prozent auf Platz 16. Zudem wird BFB-Präsident Friedemann Schmidt zitiert, der beschreibt, welchen Mehrwert diese Mitarbeitenden für die Freiberufler-Teams haben: „Gerade junge Menschen mit ausländischen Wurzeln können mit einer weiteren Sprache und ihrer interkulturellen Erfahrung punkten.“

4. Neue Antragsrunde im Programm „AusbildungWeltweit“ gestartet

Die zweite Förderrunde des Förderprogramms „[AusbildungWeltweit](#)“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) startet ab dem 6. Mai 2024. Ausbildungsbetriebe, berufliche Schulen und Kammern können vom 6. Mai bis zum 6. Juni 2024 um 13 Uhr Anträge für Auslandsaufenthalte im Zeitraum von 1. Oktober 2024 bis 30. September 2025 stellen. Das Förderprogramm des BMBF unterstützt mit finanziellen Zuschüssen Auslandspraktika von Auszubildenden während ihrer Ausbildung. Im Rahmen des Programms können Auszubildende zwischen drei Wochen und drei Monaten im Ausland wertvolle praktische Erfahrungen sammeln und sich in internationalen Teams beweisen. Die Beantragung der Fördergelder erfolgt über das [Projektportal](#) von „AusbildungWeltweit“; der Antrag kann durch die Ausbildungsunternehmen, die beruflichen Schulen, die Kammern oder andere Einrichtungen der beruflichen Bildung

eingereicht werden. Wichtig zu beachten ist, dass die Auszubildenden selbst keine Anträge auf Förderung durch „AusbildungWeltweit“ stellen können.

5. Erwerbsmigration 2023 erneut stark gestiegen

Ende 2023 waren in Deutschland rund 419.000 Personen aus Staaten außerhalb der Europäischen Union (EU) mit einem befristeten Aufenthaltstitel zum Zweck der Erwerbstätigkeit im Ausländerzentralregister erfasst. Wie das Statistische Bundesamt am 2. Mai 2024 [mitteilte](#), ist die Zahl der Erwerbsmigrantinnen und Erwerbsmigranten, die aus Nicht-EU-Staaten zum Arbeiten nach Deutschland gekommen sind, seit 2010 (damals 85.000 Personen) stetig gestiegen. Nachdem in den stark von der Coronapandemie geprägten Jahren 2020 und 2021 ein vergleichsweise geringes Wachstum gegenüber dem jeweiligen Vorjahr zu verzeichnen war (2020: plus 16.000 Personen; 2021: plus 21.000 Personen), stieg die Zahl der Erwerbsmigrantinnen und Erwerbsmigranten 2022 im Vorjahresvergleich um 56.000 Personen oder 19 Prozent und um weitere 68.000 Personen oder 19 Prozent 2023. Ende 2023 verfügten 113.000 Personen in Deutschland über eine Blaue Karte EU. Das waren mehr als ein Viertel aller Erwerbsmigrantinnen und Erwerbsmigranten und 23.000 Personen oder 26 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Blaue Karte EU war damit der häufigste Aufenthaltstitel im Bereich der befristeten Erwerbsmigration. Mit Abstand die meisten Inhaberinnen und Inhaber kamen aus Indien (33.000), gefolgt von Personen mit russischer (10.000) und türkischer (8.000) Staatsangehörigkeit. Für Akademikerinnen und Akademiker aus Staaten außerhalb der EU gibt es neben der Blauen Karte EU noch weitere Aufenthaltstitel zur Erwerbsmigration, zum Beispiel eine Aufenthaltserlaubnis für Fachkräfte mit akademischer Ausbildung. Ende 2023 verfügten 49.000 Personen über eine solche Aufenthaltserlaubnis (plus 9.000 Personen beziehungsweise plus 23 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Am häufigsten hatten die Akademikerinnen und Akademiker eine Staatsangehörigkeit aus Indien (6.000), China (4.000) oder der Türkei (3.000). 52.000 Personen verfügten Ende 2023 über eine Aufenthaltserlaubnis für Fachkräfte mit Berufsausbildung. Im Vergleich zum Vorjahr war das ein Zuwachs von 11.000 Personen oder 26 Prozent. Die häufigsten Staatsangehörigkeiten unter den Fachkräften mit Berufsausbildung waren die bosnisch-herzegowinische und die philippinische (jeweils 7.000 Personen). Die zum Jahresende 2023 registrierten Personen mit einem Aufenthaltstitel zum Zweck der Erwerbstätigkeit waren mehrheitlich männlich (281.000 Personen oder 67 Prozent) und zwischen 25 und 35 Jahren alt (233.000 Personen oder 56 Prozent). Lediglich bei den Fachkräften mit Berufsausbildung überwogen die Frauen (58 Prozent).

6. Durchschnittliche Arbeitszeiten sinken, Gesamtarbeitsvolumen auf Rekordhoch

Dieses Fazit zieht das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) laut einer [Pressemitteilung](#) vom 2. Mai 2024. In der Entwicklung der durchschnittlichen tatsächlichen Wochenarbeitszeit der Beschäftigten seit 1991 zeigen sich deutliche Geschlechterunterschiede: Frauen arbeiten im Schnitt weniger Wochenstunden als Männer. Ihre durchschnittliche Arbeitszeit ist seit 2011 konstant, während die der Männer kontinuierlich sinkt. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit aller Beschäftigten weist daher einen abnehmenden Trend auf, was laut DIW suggeriert, es würde in Deutschland insgesamt weniger gearbeitet. Trotz der gesunkenen durchschnittlichen Arbeitszeit steigt die Summe aller jährlich gearbeiteten Stunden in Deutschland seit circa 2005 jedoch stark an. Demnach wurde im wiedervereinigten Deutschland laut DIW noch nie so viel gearbeitet wie 2023, als die abhängig Beschäftigten insgesamt knapp 55 Milliarden Stunden Arbeit leisteten. Das Arbeitszeitvolumen lag 1991 bei 52 Milliarden und erreichte 2005 einen Tiefpunkt von 47 Milliarden Stunden. Der Anstieg des Arbeitszeitvolumens geht darauf zurück, dass insbesondere die Erwerbsbeteiligung von Frauen zugenommen hat: Zwischen 1991 und 2022 ist der Anteil um 16 Prozentpunkte auf 73 Prozent gestiegen.

7. Teilzeitquote erneut leicht gestiegen

Der moderate Trend zu mehr Teilzeitbeschäftigung in Deutschland hält weiter an. 2023 arbeiteten 31 Prozent der Angestellten hierzulande in Teilzeit, wie das Statistische Bundesamt (Destatis) Ende vergangener Woche [mitteilte](#). Gegenüber dem Vorjahr (30 Prozent) ist die Teilzeitquote damit erneut leicht gestiegen. Während 2023 jede zweite Frau (50 Prozent) einer Teilzeitbeschäftigung nachging, lag die Teilzeitquote unter den Männern mit 13 Prozent deutlich niedriger. Sowohl bei Frauen als auch bei Männern hat die Teilzeitbeschäftigung seit 2013 leicht zugenommen. Damals hatten noch 48 Prozent der Frauen und zehn Prozent der Männer in Teilzeit gearbeitet. Insgesamt hatte die Teilzeitquote bei 28 Prozent gelegen. Die Geburt des eigenen Kindes führt laut Destatis vor allem bei Frauen zu einer Reduktion der Arbeitszeit. 2023 gingen 67 Prozent aller Mütter mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren einer Teilzeitbeschäftigung nach, aber nur neun Prozent aller Väter. Zum Vergleich: Bei Beschäftigten ohne Kinder sind die Unterschiede weniger deutlich. Hier lag die Teilzeitquote von Frauen bei 39 Prozent, Männer ohne Kinder arbeiteten zu 16 Prozent in Teilzeit.

8. EU: 7,1 Prozent arbeiteten 2023 49 Stunden oder mehr pro Woche

Lange Arbeitszeiten beziehen sich auf diejenigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in der Regel 49 Stunden oder mehr pro Woche bei der Arbeit verbringen. Unter den Ländern der Europäischen Union (EU) hatte Griechenland den höchsten Anteil an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit langen Arbeitszeiten (11,6 Prozent), gefolgt von Zypern (10,4 Prozent) und Frankreich (10,1 Prozent). Die niedrigsten Raten wurden in Bulgarien (0,4 Prozent), Litauen und Lettland (jeweils 1,1 Prozent) verzeichnet. Das [teilte](#) das statistische Amt der EU am 1. Mai 2024 mit. Für Deutschland wird mit 5,4 Prozent ein Wert unter dem Durchschnitt ausgewiesen.

9. Zahl der Geburten weiter gesunken

2023 wurden in Deutschland nach vorläufigen Ergebnissen rund 693.000 Kinder geboren. Die Zahl der Geburten sank damit auf den niedrigsten Stand seit 2013 (682.069). Wie das Statistische Bundesamt am 2. Mai 2024 weiter [mitteilte](#), ging die Geburtenzahl 2023 im Vergleich zum Vorjahr (2022: 738.819 Geburten) um 6,2 Prozent zurück. Der Rückgang war somit etwas geringer als 2022, als im Vorjahresvergleich 7,1 Prozent weniger Babys geboren wurden. In Ostdeutschland sank die Geburtenzahl 2023 gegenüber dem Vorjahr um 9,2 Prozent von 86.227 auf rund 78.300 und damit deutlich stärker als in Westdeutschland, wo die Zahl der Neugeborenen um 5,9 Prozent von 616.863 auf rund 581.000 zurückging (Angaben für Ost- und Westdeutschland jeweils ohne Berlin). Die Struktur der Geburten nach der Geburtenfolge blieb 2023 im Vergleich zu 2022 fast unverändert: Von allen Geborenen waren 46,5 Prozent die ersten Kinder, 34,8 Prozent die zweiten Kinder und 18,7 Prozent die dritten und weiteren Kinder der Mutter. Der Rückgang der Geburtenzahl betraf 2023 erste, zweite und weitere Geburten im gleichen Maße.

10. OECD veröffentlicht den halbjährlichen Wirtschaftsausblick

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) [veröffentlichte](#) am 2. Mai 2024 ihren halbjährlichen Wirtschaftsausblick 2024, inklusive einer Ländernotiz für Deutschland. Darin wird für Deutschland 2024 eine Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von 0,2 Prozent und 2025 von 1,1 Prozent prognostiziert. Der OECD-Bericht gibt einige Empfehlungen, um die wirtschaftliche Situation in Deutschland zu verbessern. So ist es beispielsweise entscheidend, um die Versorgung mit erneuerbaren Energien auszubauen und die Energiesicherheit zu erhöhen, die Zeit für komplexe Planungs- und Genehmigungsverfahren für Infrastrukturinvestitionen auf kommunaler und kommunaler Ebene weiter zu verkürzen. Die

Beschleunigung der Digitalisierung erfordert mehr Investitionen in die digitale Infrastruktur und mehr rasche Modernisierung des öffentlichen Sektors, unter anderem durch die Festlegung verbindlicher gemeinsamer IT-Standards und Förderung der Harmonisierung der Verwaltungsverfahren auf allen Regierungsebenen. Laut der OECD stellen die Fachkräftengpässe ein großes Investitionshindernis dar. Aus OECD-Sicht könnte das Arbeitskräfteangebot verbessert werden, indem die Steuerlast weg von der Arbeit hin zum Kapitaleinkommen und Vermögen verlagert wird, beispielsweise durch die Reduzierung großzügiger Erbschaftssteuerbefreiungen für Betriebsvermögen und eine Befreiung von der Kapitalertragsteuer für Investitionen in bestehende Gebäude. Dazu kann eine Reform der derzeitigen gemeinsamen Einkommensbesteuerung und Krankenversicherung von Paaren helfen, die zu hohen Grenzeinkommenssteuersätzen für Zweitverdiener führen. Zudem würde eine Reduzierung der Anreize für frühen Ruhestand die Anreize für das Arbeitsangebot für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessern und zur Stabilisierung der Rentenausgaben beitragen.

11. BFB-Jobportal bietet kostenfreie Möglichkeit der Jobvermittlung

Das Jobportal www.freieberufe-jobportal.de des BFB, das im Mai 2022 insbesondere für ukrainische Geflüchtete lanciert wurde, ist im Juni 2023 in Kooperation mit dem Bundesverband Deutscher Unternehmensberatungen (BDU) zu einem allgemeinen Jobportal für die Freien Berufe erweitert worden. Nun bietet es, speziell und exklusiv als Jobportal für die Freien Berufe, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern die Möglichkeit, dort kostenfrei, schnell und direkt offene Stellen, darunter Vollzeit- und Teilzeitjobs sowie Ausbildungs- und Praktikumsplätze, zu inserieren. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel in den Freien Berufen setzen BFB und BDU in ihrer Kooperation gezielt einen strategischen Schritt, um bestmögliche Ergebnisse und Bedingungen in den Freien Berufen zu schaffen. Weiterhin soll mit dem Jobportal mit Blick auf das Gemeinwohl die Verbindung zwischen Arbeitssuchenden und Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bei den Freien Berufen gefördert werden. Stellenanzeigen können [hier](#) unkompliziert und gratis aufgegeben werden.

Die nächste Ausgabe des BFB-Freiberufler-Tickers erscheint am 24. Mai 2024.

- Anzeige -



Privatversicherte können ihren Schutz individuell zusammenstellen. Diese Leistungen sind garantiert und können auch durch die Politik nicht gekürzt werden. Zudem müssen Ärztinnen und Ärzte bei Privatpatienten nicht auf Budgetgrenzen achten. So können sie ihnen stets die bestmögliche Therapie anbieten.

[Mehr auf pkv.de](https://www.pkv.de)

BFB
Bundesverband
der
Freien Berufe e.V.

★ 17 ♥ 17 🔔 35
👤 15 💬 26

Folgen Sie uns auf LinkedIn!

@Bundesverband der Freien Berufe